



Nr. 49 – August 2001

PAPUA-NEUGUINEA

**Blutige Proteste gegen
Privatisierungspolitik**

2.000 Studenten der Universität von Papua-Neuguinea sowie rund 1.000 Gewerkschaftler und Arbeitslose haben fünf Tage lang friedlich vor dem Parlamentsgebäude der Hauptstadt Port Moresby gegen die Privatisierungspläne der Regierung protestiert. Ihr Protest richtete sich vor allem gegen die pro-australische Regierungspolitik von Premierminister Sir Mekere Morauta, gegen die Weltbank und gegen den Internationalen Währungsfonds (IWF).

Am 25. Juni, als nur noch ca. 500 Studenten vor dem Parlament in ihrem Sitzstreik ausharrten, griff die Polizei ein, um die Demonstration aufzulösen. Dazu hatte die Regierung sogenannte „riot squads“ aus Mount Hagen in den Western Highlands nach Port Moresby beordert. Diese Spezialeinheiten sind besondere, von australischen Soldaten ausgebildete Sondereinsatzkräfte. Das Polizeikommando schoss - nach Augenzeugenberichten ohne besonderen Anlass - in die Menschenmenge. Vier Stu-

denten waren auf der Stelle tot, zwei weitere erlagen später im Krankenhaus ihren Schusswunden. Mehr als 17 Personen wurden schwer verletzt. Den Unruhen folgten Plünderungen und Brandstiftungen in der Stadt. Morauta verhängte über mehrere Tage eine abendliche Ausgangssperre. Die pazifischen Anrainerstaaten warnten vor Reisen in das Land, internationale Konzerne holten ihre Angestellten zurück.

Hintergrund: Weltbank und IWF fordern von der PNG-Regierung tiefgreifende Wirtschaftsreformen. Sie verlangen unter anderem, dass die staatliche PNG Banking Corporation verkauft wird, die einzige Bank, die noch in Regierungsbesitz ist. Des Weiteren sollen nach ihren Auflagen die Hafenverwaltung sowie das Telekommunikations- und das Elektrizitätsunternehmen privatisiert werden. Der Staatsapparat soll um 7.000 Personen abgebaut werden. Außerdem soll das Land seine Grenzen weiter für den Import öffnen.

Mit diesen sogenannten „Strukturanpassungsprogrammen“ hoffen Weltbank und IWF, Papua-Neuguinea aus der Wirtschaftskrise zu führen. Die Auslandsschulden betragen inzwischen 75 % des Bruttonationalproduktes. Der Schuldendienst beträgt mit 211 Millionen US Dollar rund 40 % des Re-

gierungshaushaltes, die Exporteinnahmen gingen nach der Asienkrise rapide zurück.

Währungsfond und Weltbank haben außerdem empfohlen, die überlieferten Regeln für den Bodenbesitz zu „modernisieren“, um Entwicklungsprojekte zu erleichtern und den Weg frei zu machen für private Investoren. Das als „land registration act“ bezeichnete Programm sieht vor, das in traditionellem Stammesbesitz befindliche Land zu vermessen und in ein Landregister einzutragen. Damit würde das Land aus kommunalem „Besitz“ in private Hände übergehen. Einzelne Landbesitzer könnten dann „ihr“ Land zur Aufnahme von Bankkrediten als Sicherheit hinterlegen. Die gegenwärtige Regelung der Landfrage (über 90 % des Landes sind in traditionellem Klanbesitz, Individuen haben nur Nutzungsrechte, jedoch keine Besitz- oder Eigentumsrechte) würde ausländische Investoren davon abhalten, mit ihren Projekten zur Entwicklung des Landes beizutragen, hieß es aus IWF-Kreisen. Privaten Besitzern zugeschriebenes Land könnte z. B. Bergbaukonzernen erleichtern, Grund und Boden zu erwerben. Mit den ausländischen Investoren in Tourismus und Bergbau käme wieder Geld ins bankrotte Land, so der IWF, einer erneuten Vergabe von Krediten stünde dann

**PAZIFIK-
INFORMATIONENSTELLE**

Getragen vom Pazifik-Netzwerk e.V., dem Evang. Missionswerk in Deutschland, dem Missionswerk der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, dem Nordelbischen Zentrum für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst und Missio München.



Missionswerk

der Evang.-Luth. Kirche
in Bayern

Division for World Mission
Evangelical Lutheran Church in Bavaria

Christsein überall

nichts mehr im Wege. Die Weltbank hatte sich vor einem Jahr bereit erklärt, ein Umstrukturierungsdarlehen von 210 Millionen US Dollar zu gewähren, wenn ihre Auflagen erfüllt würden.

Die letzten größeren Streiks gegen die geplanten Struktur- und Anpassungsmaßnahmen von IWF und Weltbank hatte es im Sommer 1995 unter der damaligen Regierung von Premierminister Julius Chan gegeben. (PC 27.06, NZZ 27.06, Neues Deutschland 30.06, junge welt 30.06, 11.07.01, PNB 7/01, eigene Recherche)

Ergebnisse der Volkszählung

Ein vorläufiges Ergebnis der im letzten Jahr durchgeführten Volkszählung wurde von Andrew Kumbakor, dem Minister für Finanzen, Planung und ländliche Entwicklung, Ende Juli in Port Moresby vorgelegt. Danach hat Papua-Neuguinea 5,13 Millionen Einwohner. 2,661 Millionen Männer und 2,469 Millionen Frauen wurden auf der zweitgrößten Insel der Erde gezählt. Weitere Zahlen: Pro Quadratkilometer leben 11 Menschen, die Wachstumsrate der Bevölkerung schwankt dabei von 3,6 % jährlich im Hochland bis zu 2,6 % auf den vorgelagerten Inseln. In allen Provinzen des Landes herrscht Frauenmangel, auffällig ist das Geschlechterverhältnis vor allem im National Capital District: Hier kommen 121 Männer auf 100 Frauen. Kumbakor betonte die Bedeutung des Zensus für die zukünftige Planung und Entwicklung des Staates. (Independent 26.07., PIR 27.07.01)

242 Aidstote

Seit Bekanntgabe des ersten Aidsfalles im Jahr 1987 sind 242 Menschen an der Immunschwächekrankheit gestorben. Das teilte Gesundheitsminister Tommy Tomscoll mit. Zur Zeit sind knapp 4.000 Menschen als an HIV-positiv erkrankt gemeldet, bei 1.336 davon ist die Krankheit bereits ausgebrochen. Tomscoll schätzt die Zahl der bisher noch unerkannten bzw. nicht gemeldeten Aidskranken auf 10.000 bis 15.000 Menschen. (Independent 24.05., Pacnews 13.07.01)

BOUGAINVILLE

Kabinett stimmt Friedensvereinbarung zu

Das Kabinett (National Executive Council, NEC) von Papua-Neuguinea hat den Friedensvereinbarungen für Bougainville nach einigen Änderungen zugestimmt. Moi Awei, Minister für Bougainville, hatte das Kabinett zuvor von den Wünschen der Bougainville Revolutionary Army (BRA) in Kenntnis gesetzt. Die Friedensvereinbarungen für die Insel östlich von PNG beziehen sich im wesentlichen auf drei Bereiche:

1.) Autonomie: Bis zum geplanten Referendum kann Bougainville sich in Form einer autonomen Regierung selbst verwalten. Diese autonome Regierung soll auch die Versorgungsdienste (public services) und den Polizeiapparat übernehmen. Bei diesem Punkt hatte es zuvor Unstimmigkeiten zwischen der Regierung von PNG und der BRA gegeben. Moi Awei betonte, ohne eigene Polizei und ohne die Möglichkeit, Versorgungsdienste (Gas, Wasser, Elektrizität) anzubieten, würde sich Bougainville nicht als au-

tonome Provinz empfinden können.

2.) Referendum: In 10 bis 15 Jahren soll eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit der Insel stattfinden. Bis dahin muss die Verfassung von PNG dementsprechend geändert werden.

3.) Abgabe der Waffen: Nach Absprachen von Awei und Führern der BRA liegt nun ein konkreter Zeit- und Organisationsplan zur Abgabe der Waffen der Kombattanten vor. (Independent 14.08., Independent 09.08., Asiatimes 10.08.01)

Hungersnot auf den Carteret Inseln

Auf den nordöstlich von Bougainville gelegenen Carteret Inseln herrscht eine Hungersnot. Sie soll nach Angaben des Katastrophenbeauftragten der Provinz, Ephraim Emenoni, direkt auf die Klimaveränderungen zurückzuführen sein. Der Anstieg des Meeresspiegels durch Erwärmung der Erdatmosphäre habe das Süßwasserreservoir auf den Inseln versalzen und die Ernte zerstört, erklärte Emenoni. Die zunehmenden Wirbelstürme und die raue See hätten zudem den Fischfang verhindert. Besonders betroffen von der Mangelernährung seien die Kinder der insgesamt 3.000 Bewohner der Atolle.

Der Kinderhilfsbund von Bougainville hat inzwischen damit begonnen, Nahrungsmittelpakete mit Reis, Thunfisch und Dörrfleisch auf dem Motorboot MV Sankamap nach Carteret zu transportieren. In den Schulen von Port Moresby wurde dazu aufgerufen, Care-Pakete für die hungernden Kinder zu stiften. (PIR 06.08, 11.08.01, Independent 09.08.01)

BERGBAU

BHPs Rückzug bis Oktober

Premierminister Sir Mekere Morauta vermutet, dass sich der australische Bergbaukonzern Broken Hill Propriety (BHP) bis spätestens Oktober aus der Ok Tedi-Gold- und Kupfermine zurückziehen wird. BHP hatte bereits im letzten Jahr angekündigt, seine Minenanteile in Höhe von 52 % an einen internationalen Treuhandfonds zu übergeben. Der Bergbaumulti hatte zugegeben, dass die Umweltzerstörungen durch die Mine weit größer als erwartet sind. Die Ok Tedi-Mine hat nach Expertenangaben noch Kupfervorräte für die nächsten zehn Jahre.

Die Umweltschutzgruppe PNG NGO Environmental Watch Group (EWG) in Papua-Neuguinea kritisierte den ‚folgenlosen‘ Ausstieg von BHP aus der Mine. So hätte der Konzern keine Angaben darüber gemacht, ob er für die katastrophalen Folgeschäden des Minenbetriebes in finanzieller Hinsicht aufkommen werde. Matilda Koma, Koordinatorin der EWG, sagte, Nahrungsmittelknappheit und der totale Zusammenbruch des Ökosystems am Ok Tedi und Fly Fluss seien zu erwarten. Der Parlamentarier für den Bezirk des South Fly Flusses, Gabia Gagarimabu, erklärte, der geplante Ausstieg von BHP sei symptomatisch für Bergbaukonzerne. Sie würden sich mit dem Gedanken „Das ist nun nicht mehr unser Problem“ aus der Verantwortung stehlen. (PIR 09.08.01, 13.08., PC 13.08.01)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN**Aus PNG****Aus der ELC-PNG****Synodenvorbereitung auch in Port Moresby**

1.857 Kina betrug eine Sonderkollekte bei einem Dankgottesdienst in der Kirchengemeinde ‚Buang One and Two‘ in Port Moresby. Das Geld wird an den Heimatdistrikt der aus der Region Mumeng (Provinz Morobe) stammenden Gemeindeglieder geschickt. Es soll für die Vorbereitungen der nächsten gesamtkirchlichen Synodaltagung der Evang.-Lutherischen Kirche von PNG verwendet werden. Sie wird Anfang nächsten Jahres in Wau im Kirchendistrikt Mumeng stattfinden. (National Online 16.08.01)

Vision 2010

Die eigenen Kräfte nutzen, um den kirchlichen Auftrag besser erfüllen zu können, das ist der Leitgedanke eines einwöchigen Seminars über die Zukunft der ELC-PNG. In seiner Ansprache zur Eröffnung der Tagung betonte der Leitende Bischof Dr. Wesley Kigasung, es sei wichtig, dass alles Planen und jede neue Vision von Gott gelenkt wird.

Einige prominente Redner wie Dr. Musave Sinebare von der Universität in Goroka, Dr. Isaac Ake aus dem Gesundheitsministerium und Gomi Gipey von der Technischen Universität, Lae, werden Vorträge zu Themen wie Bildung, Gesundheit und Entwicklung halten.

Zu den Teilnehmenden des Seminars gehören Kirchenver-

treter aus den Kirchendistrikten der Regionen Morobe, Madang und Kainantu. (National Online 14.08.01)

Kirche unterstützt Bildungsreform

Auf dem Momase-Forum in Wewak zollte der amtierende Kirchensekretär der ELC-PNG, Fua Singin, in seinem Redebeitrag den Missionaren Respekt, weil sie Pioniere der Bildung im Lande gewesen seien. Diese Aufgabe würde nun von den Kirchen fortgeführt. So förderten sie zum Beispiel auch die von der Bildungsreform angestrebte Pflege der Muttersprachen in den Schulen. Die Kirche trage mit ihren Dienstleistungen allgemein zur Entwicklung des Landes bei. Gerade in abgelegenen Gebieten ergänzten die Kirchen mit ihren Schulen und Gesundheitsdiensten die Versorgung der Bevölkerung. (Wantok 02.08.01, Independent Online 26.07.01)

Aus der Ökumene in PNG**Bischof Barnes gegen Privatisierung**

Bei einer Veranstaltung an der Divine Word University in Madang erklärte der katholische Erzbischof von Port Moresby, er sei davon überzeugt, dass Privatisierung nicht der richtige Weg ist. Allerdings hätten auch schon frühere Staatsregierungen kritisiert, dass viele Unternehmen der Öffentlichen Hand zunehmend ineffektiv geleitet würden und politischen Interessen ausgesetzt seien. Sir Paulias Matane, der ebenfalls auf dem Forum zur Frage der Privatisierung sprach, unterstützte die Auffassung des Erzbischofs und fügte hinzu, dass die staatseigenen Unternehmen von geeigneten Fachleuten und nicht von Politikern geführt werden sollten, die da-

mit lediglich die eigenen Taschen füllen wollten. (*National Online 14.08.01*)

Protest gegen Gesetzesänderung zu Spielautomaten

Vertreter der Großkirchen, angeführt von der Katholischen Bischofskonferenz, aber auch die Siebenten-Tags-Adventisten, die Pfingstgemeinden und Transparency International als Organisation zur Bekämpfung von Korruption kritisierten scharf den Inhalt einer Gesetzesänderung über Spielautomaten und das Verfahren, wie sie vom Parlament verabschiedet worden ist. Die Entscheidung sei ohne vorherige Diskussion getroffen worden, der Wortlaut des Antrags habe den Parlamentariern außerdem nicht schriftlich vorgelegen, so die Kritiker. Während noch vor kurzem der Premierminister angekündigt habe, die Spielautomaten ganz verbieten zu lassen, hätte die Regierung sich nun der Gewinne wegen dem Einfluss ausländischer Interessen gebeugt. (*National Online und PC Online 10.08.01, 13.08.01*)

Ausgangssperre wegen Evangelisation aufgehoben

Um den Siebenten-Tags-Adventisten eine Großevangelisation zu ermöglichen, beschloss das Kabinett von PNG, die nächtliche Ausgangssperre in der Hauptstadt Port Moresby teilweise aufzuheben. Während der Bibelvorträge, die Pastor Mark Finley (Thousand Oaks, Kalifornien/USA) 14 Tage lang allabendlich hält, dürfen die Einwohner bis Mitternacht noch in der Stadt unterwegs sein. Premierminister Sir Mekere Morauta sprach am 6. Juli ein Grußwort zur Eröffnung der Evangelisation. Er blieb eineinhalb Stunden im Stadion und hörte sich den gesamten Vor-

trag an. (*Adventistischer Pressedienst 18.07.01*)

Aus anderen Religionsgemeinschaften in PNG

Das Buch Mormon bald auch in Tok Pisin

Papua-Neuguineer werden das Buch Mormon bald in Neuguinea-Pidgin lesen können. Die Mitglieder der ‚Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage‘ beziehen sich auf das Buch Mormon in Ergänzung zur Bibel. Nach zweijähriger Übersetzungsarbeit wird die Schrift vermutlich im Januar nächsten Jahres veröffentlicht werden. Damit liegt das Buch Mormon dann weltweit in 40 verschiedenen Sprachen vor. (*National Online 16.08.01*)

Aus anderen Ländern

Pazifik - überregional

Weltkirchenrat berät auf Fidschi über Globalisierung

Vom 12. bis 16. August findet auf den Fidschi-Inseln eine Tagung des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) zur Globalisierung statt. Zu der Konsultation werden Vertreter von Kirchen aus dreißig Ländern erwartet.

Wie der Referent des ÖRK für Wirtschaftsfragen, Rogate Mshana erklärte, finde die Konsultation im pazifischen Raum statt, weil diese Region besonders unter den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu leiden habe. Der pazifische Raum werde auf Weltforen häufig außer Acht gelassen, weil er nicht dicht besiedelt ist und weit entfernt liegt von den Zentren politischer und wirtschaftlicher Aktivität.

Die pazifischen Inselstaaten stellten mit ihrem Konzept der „Insel der Hoffnung“, einer Metapher für die ganzheitliche Auffassung vom Leben, zu der Großzügigkeit, Gegenseitigkeit und gemeinsames Teilen gehören, ein überlebensfähiges Modell aus ihrer Kultur der Globalisierung gegenüber. Die Kirchen der Welt wurden von der Konferenz aufgefordert, ihre prophetische Funktion in der Opposition gegen die Globalisierung wahrzunehmen. (*epdZA Dritte Welt 10.08.01 und ÖRK 16.08.01*)

Australien

Luther Seminary

Mehr als 300 Personen in Australien und im Ausland haben sich bei der Hochschule der Lutherischen Kirche von Australien eingeschrieben. Erstmals wird nun ein Kurs per Internet angeboten: Dozentin Mery Jennings ist für die Vorlesungsreihe ‚Praxis christlicher Erziehung‘ verantwortlich. Bis Ende 2003 sollen alle Fächer des Studiengangs ‚Graduate Diploma of Theology in Education‘ im Internet zugänglich sein. (*The Lutheran 23.07.01*)

Nur Männer auf die Kanzel

Die Kommission für Theologie und zwischenkirchliche Beziehungen der Lutherischen Kirche von Australien hat empfohlen, dass bis auf weiteres in der Regel nur Männer zum Predigtamt der Laien berufen werden. Ausnahmen sind allerdings bei nicht näher erläuterten ‚außerordentlichen Umständen‘ möglich. Gleichzeitig wurde das Luther Seminary beauftragt, eine angemessene Ausbildung der Laien zur Vorbereitung auf den Predigtamt zu entwickeln. (*The Lutheran 23.07.01*)

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Beschluss zum Kyoto-Protokoll kein Erfolg für Pazifik

Vom 16. bis zum 27. Juli hat im Bonner Hotel Maritim die Fortsetzung der Sechsten Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention (COP 6/2) stattgefunden.

Der niederländische Präsident der COP 6/2, Jan Pronk, konnte sich mit seinem Kompromissvorschlag letztendlich durchsetzen. Demnach ist es den Industriestaaten erlaubt, Wälder und bestimmte landwirtschaftlich genutzte Flächen als Kohlenstoff-Speicher anrechnen zu lassen. Von dieser Regelung profitieren vor allem Japan, Australien und Kanada. Sie dürfen sich ihre Waldbewirtschaftungsmaßnahmen auf das Klimaschutzziel des Kyoto-Protokolls von 1997 anrechnen lassen, und zwar um bis zu 3,5 Prozentpunkte ihrer gesamten Reduktionsverpflichtungen.

Japan etwa, das seinen Co₂-Ausstoß nach dem Protokoll von 1997 um sechs Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren müsste, kann die Hälfte seiner Verpflichtungen über die Wälder abdecken. Nähmen alle Industrieländer ihre Freibeträge in diesem Maße wahr, ginge der Ausstoß von Kohlendioxid nach Berechnungen von Nichtregierungsorganisationen nur um 1,8 % zurück - und nicht um die im Protokoll veranschlagten 5,2 % im Vergleich zu 1990.

Zu den Verlierern der Verhandlungen zählen auf lange Sicht die (pazifischen) Inselstaaten, die im Falle einer weiteren Erd-

Erderwärmung und des damit einhergehenden Meeresspiegelanstiegs als erste in den Ozeanen versinken. Ihre Überlebenschancen sinken in dem Maße, wie die Reduktionsziele heruntergeschraubt werden. Vertreter von Greenpeace sprachen deshalb auch von einem „Kyoto light“. Konferenzteilnehmer aus den pazifischen Staaten zeigten sich unzufrieden mit dem Ausgang der Verhandlungen. Positiv bewertet wurde allerdings, dass die jetzigen Beschlüsse einen Beitritt der USA zum Klimaprotokoll weiterhin möglich machen. Der amerikanische Präsident G. W. Bush hatte im Frühjahr verkündet, die USA werde das Protokoll nicht unterschreiben, das „Kyoto-Protokoll sei tot“. Von Umweltaktivisten war ihm daraufhin der Spitzname „Global Warming Bush“ gegeben worden.

Die in Bonn nach zähen Verhandlungen gefassten Beschlüsse legen das Regelwerk fest, nach dem die Regierungen der 180 Unterzeichnerstaaten ihre Zusammenarbeit ausrichten werden, um die im Kyoto-Protokoll vorgesehenen Einrichtungen und Verfahren Wirklichkeit werden zu lassen und den Zufluss an finanzieller und technischer Hilfe für „Entwicklungsländer“ zu erhöhen. Die Beschlüsse werden zur endgültigen Verabschiedung weitergeleitet an die Siebte Vertragsstaatenkonferenz (COP 7), die vom 29. Oktober bis zum 9. November 2001 im marokkanischen Marrakesh stattfindet.

Das Kyoto-Protokoll tritt in Kraft und wird rechtswirksam, sobald es von mindestens 55 Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention ratifiziert wurde, auf die im Jahr 1990 zusammen mindestens 55 % des Kohlendioxid-Ausstoßes dieser Länder entfielen. Bisher haben 37

Länder, hauptsächlich Entwicklungsländer, das Protokoll ratifiziert. 84 Länder haben das Protokoll bereits unterschrieben, ohne es zu ratifizieren.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin will nun die notwendigen gesetzgeberischen Schritte vorbereiten, damit Deutschland zusammen mit der Europäischen Union das Protokoll zügig ratifizieren kann. (*Germanwatch* 23.07., *SZ* 24.07., *BMU* 27.07., *ÖRK* 31.07.01)

Vereinigung von Atomtestveteranen gegründet

Die an den französischen Atomtests beteiligten ehemaligen Arbeiter haben sich im französischen Lyon zur „Vereinigung von Atomtestveteranen“ (Association des vétérans des essais nucléaires) zusammengeschlossen. Ziel der Vereinigung sei es, die französische Regierung zur Verantwortung zu ziehen, sagte Dr. Jean-Louis Valatx, Veteran der Tests in der Saharawüste und Präsident der Vereinigung. Die Veteranen hätten noch immer keinen Zugang zu ihren medizinischen Akten aus dieser Zeit, ihre Pensionsansprüche wegen gesundheitlicher Folgeschäden würden nicht anerkannt, bemängelte Valatx. Die meisten Krankheiten der Veteranen und ihrer Familien ließen sich auf mangelnde Vorsorge- und Schutzmaßnahmen während der Tests zurückführen.

Frankreich hatte am 13. Februar 1960 in der Sahara die erste Atombombe namens „Gerboise bleue“ gezündet. Am 27. Januar 1996 war die letzte französische Atombombe vom südpazifischen Atoll Fangataufa explodiert. Insgesamt hat Frankreich nach offiziellen Angaben 210 nukleare Tests durchgeführt.

Die Vereinigung der Atomtestveteranen hat sich auf eine Initiative des „Centre de Documentation et de Recherche sur la Paix et les Conflits“ (CDRPC, Dokumentations- und Forschungszentrum für Frieden und Konflikte) hin gegründet.

Das CDRPC ist durch seinen Mitarbeiter Bruno Barrillot eng mit der europäischen Pazifik-Netzwerk-Solidarität verbunden. Barrillot sagte, die neue Vereinigung werde nun Kontakte zu anderen Organisationen aufnehmen, die sich ebenfalls um Atomtestveteranen bemühen, so etwa das „Comité de Suivi Moruroa et nous“ auf Tahiti, das unter Leitung von John Taroanui Doom steht.

Dieses Komitee hatte zeitgleich auf Tahiti die Vereinigung „Moruroa e tatou“ (Moruroa und wir) gegründet. In ihr haben sich die einheimischen Atomtestveteranen zusammengeschlossen. Zur Gründungsveranstaltung von „Moruroa e tatou“ am 4. Juli im Gemeindehaus der evangelischen Kirche von Französisch-Polynesien in Pape'ete auf Tahiti waren 150 ehemalige Atomtestteilnehmer mit ihren Familien gekommen, viele von ihnen von seltenen Blut- und Skeletterkrankungen betroffen. (AFP 11.06.01, eigene Recherche, John Doom eMail 04.07.01)

Studenten helfen bei Besiedelung von Rongelap

Architektur-Studenten der Universität von Hawai'i nehmen an einem Projekt zur Wiederbesiedelung von Rongelap in den Marshall-Inseln teil. Das Projekt wird vom Pacific Business Centre Programme (PBCP, pazifisches Wirtschaftsförderungsprogramm) der Uni von Hawai'i verwaltet. Das PBCP hat dazu einen Vertrag mit James Matayoshi, dem Bürgermeister von Rongelap, in Höhe

von 273,3 Millionen US Dollar unterzeichnet.

Die Bevölkerung der kleinen Atollinsel Rongelap war 1954 zwangsevakuert worden, nachdem die Insel vom radioaktiven Fall-out der Atombombenversuche auf dem benachbarten Bikini-Atoll getroffen worden war. 1957 kehrten die Bewohner zurück. Aufgrund der hohen Radioaktivität und den daraus resultierenden Krankheiten mussten die Bewohner jedoch die Insel 1985 erneut verlassen.

Die Architekturstudenten sollen nun mit ihren Kommilitonen aus anderen Fakultäten einen Plan zur Besiedelung Rongelaps entwickeln. Dazu gehören die Errichtung von Infrastruktur (Straßen, medizinische, soziale und Bildungseinrichtungen, Flughafen), der Bau traditioneller Häuser sowie die Anbindung an Elektrizität und Wasser. Studenten der Landwirtschaft sollen unter Berücksichtigung der Situation auf einer Atollinsel Vorschläge für mögliche Landnutzung unterbreiten. Ob und wie Subsistenzwirtschaft und Fischerei in der Lagune vor Rongelap betrieben werden können, soll die botanische Abteilung der Uni klären.

Dr. Tusi Avegalio, zuständiger Projektleiter beim PBCP, sagte, man wolle einen holistischen Ansatz vertreten und die Besiedelung Rongelaps auch unter kulturellen Gesichtspunkten planen. Dazu gehöre die Befragung der auf anderen Inseln lebenden Einheimischen, was sie von „ihrer“ Insel erwarteten.

Bei dem Projekt handelt es sich um das erste seiner Art im Pazifik. Über die noch andauernde potentielle radioaktive Verseuchung von Rongelap wurde in den Medien nicht berichtet. (Pacnews 13.07.01)

Schutzzonen für Wale abgelehnt

Die internationale Walfang-Kommission (IWC) hat es abgelehnt, im Südatlantik und Pazifik Schutzzonen für Wale auszuweisen. Die erforderliche Drei-Viertel-Mehrheit der 39 stimmberechtigten Mitglieds-länder wurde auf der IWC-Konferenz in London nicht erreicht. 20 IWC-Mitglieder stimmten für die Schutzzone im Pazifik, 13 dagegen, vier enthielten sich. Stärkster Gegner der Schutzzone war Japan. Japan hatte bereits im Vorfeld der Konferenz erklärt, Gelder aus der Entwicklungshilfe zu nutzen, um Unterstützung für seinen Widerstand zu bekommen. Tage nach der Konferenz gab das Land öffentlich zu, Mitglieder der IWC (genauer: sechs karibische Staaten) bestochen zu haben, damit diese gegen das Walfangverbot stimmten. Einziges pazifisches Land in der IWC-Kommission sind die Salomon-Inseln.

Die Befürworter der Walfang-schutzgebiete erklärten, einige Walarten seien vom Aussterben bedroht. Vor allem Neuseeland hatte sich vehement für den Schutz der neun, vor der Küste der Insel anzutreffenden, Walarten eingesetzt. Für die Rettung der Walbestände ist die Einrichtung fangfreier Zonen notwendig. Zur Zeit gibt es nur zwei Walfang-schutzgebiete weltweit, beide liegen im Indischen Ozean. In den Schutzzonen ist der Walfang selbst für wissenschaftliche Zwecke verboten.

Alle 16 Mitgliedsstaaten des Pacific Islands Forum sowie die 22 Mitglieder des südpazifischen Entwicklungsprogrammes (South Pacific Regional Environment Programme) hatten sich vor der Konferenz für die Errichtung einer 20 Millio-

nen Quadratkilometer großen Schutzzone nahe der Insel Samoa ausgesprochen. (Pacnews 23.07., 24.07., FLZ 25.07.01)

MSG-Gipfel in Neukaledonien

Nouméa auf Neukaledonien war erstmals Gastgeber des Gipfeltreffens der „Melanesian Spearhead Group“ (MSG). Die MSG war 1988 von dem damaligen Premierminister Vanuatus, Pater Walter Lini, gegründet worden, um die Unabhängigkeitsbestrebungen Neukaledoniens von Frankreich zu unterstützen. Seit der Gründung dabei waren die Sozialistische Befreiungsfront von Kanaky (FLNKS) sowie die Länder Papua-Neuguinea, Vanuatu und die Salomon-Inseln. In den 90er Jahren trat Fidschi der Gruppe bei. Neukaledonien als Land an sich gehört nicht zur MSG.

Auf dem 14. Gipfeltreffen ging es vor allem um Fragen des regionalen Handels und der wirtschaftlichen Kooperation zwischen den Gruppenmitgliedern. Ein ständiges Sekretariat der Gruppe soll auf Vanuatu eingerichtet werden. Die MSG will auch die Bewerbung Vanuatus um einen Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO unterstützen.

Das nächste MSG-Gipfeltreffen findet 2003 auf den Salomon-Inseln statt. (Oceania Flash 16.07., Pacnews 23.07.01, Independent 26.07.01)

Pacific Forum tagt auf Nauru

Das 32. Pacific Islands Forum hat vom 16. bis 18. August in der Republik Nauru stattgefunden. Zum zweiten Mal in Folge nahmen die ranghöchsten Politiker von Papua-Neuguinea

und den Salomonen nicht am Treffen der 16. Mitgliedsstaaten teil. PNG-Premierminister Sir Mekere Morauta entschuldigte sich mit parlamentarischen Verpflichtungen, er schickte seinen Vertreter Michael Ogio. Mannaseh Sogarave musste inländische Probleme mit Kompensationszahlungen lösen. Ebenfalls nicht teilnehmen konnten der fidschianische Premierminister Laisenia Quarase (Wahlkampf) und der australische Premier John Howard. Auf der Tagesordnung des alljährlichen Treffens standen u.a. die Bedrohung pazifischer Inselstaaten durch den Klimawandel, die Frage um Rechte an Land und geistigen Gütern (intellectual property rights) sowie die Anfang des Jahres beschlossenen Handelsabkommen PACER (Pacific agreement on closer economic relations, Vereinbarung über engere wirtschaftliche Zusammenarbeit) und PITA (Pacific Islands Trade Agreement). Schwerpunkt der Diskussionen war auch die Frage nach der regionalen Sicherheit einzelner Inseln, die im vergangenen Jahr durch Regierungskrisen (PNG), Konflikte und Putsche (Fidschi, Salomonen) gefährdet worden war. (Asia Times 09.08, Pacnews 14.08., 20.08.01)

Hohe Diabetesrate auf den Marshall Inseln

Die Hälfte der Bevölkerung der Marshall Inseln über 50 Jahre ist an der Zuckerkrankheit Diabetes erkrankt. Diese Zahlen gab Gesundheitsministerin Dr. Lita Santos auf einem workshop des hawaiianischen „Pacific Diabetes Today Resource Centre“ in Majuro bekannt. In den 90er Jahren sei Diabetes die Haupttodesursache der Marshalliesen gewesen. An dem workshop nahmen mehr

als 30 Personen aus dem Bildungs- und Gesundheitswesen teil, um sich zu informieren, wie ein Übergreifen der Krankheit auch auf die jüngere Generation verhindert werden kann.

Diabetes ist eine schwere Stoffwechselerkrankung. Frauen sind von ihr häufiger betroffen als Männer. Die Stoffwechselerkrankung Diabetes mellitus Typ 1 beruht auf einem Mangel an Insulin, einem Hormon der Bauchspeicheldrüse. Insulin ist lebenswichtig, um Nahrungszucker aus der Blutbahn in die Körperzellen aufzunehmen, wo der Zucker zu Energie verbrannt wird. Bei Personen mit Typ-1-Diabetes produziert die Bauchspeicheldrüse nicht genug Insulin. Der Blutzucker kann dann nicht in die Körperzellen eindringen, um verbrannt zu werden. Er steigt auf hohe Werte an und läuft durch die Niere in den Urin über. Wenn die Bauchspeicheldrüse nicht genug oder gar kein Insulin produziert, ist der Blutzucker zu hoch. Langfristig schädigt ein zu hoher Blutzuckerspiegel alle Blutgefäße des menschlichen Körpers. Auch bei einer konsequenten Behandlung (z.B. durch die Gabe von Insulin) können Spätfolgen auftreten, die den Gesundheitszustand der Betroffenen stark beeinträchtigen. (Pacnews 31.07.01, www.diabetes-forum.de)

Tuvalu verdient mit Internet-Domäne

Einer der kleinsten Staaten des Pazifiks fährt mit dem Verkauf seines Länderkürzels .tv an ausländische Firmen hohe Gewinne ein. Die Regierung Tuvalus hatte die Rechte an der Administration der Domäne mit dem Kürzel .tv (dotTV) an eine US-amerikanische Firma für 18 Millionen US Dollar verkauft. Tuvalu ist mit 20 % an

der amerikanischen Firma beteiligt und erhält dafür eine Million US Dollar pro Quartal. Tuvalu Sekretär für Finanzen, Solofa Uota, erklärte, ein Viertel des Geldes würde auf einem amerikanischen Sparkonto zu guten Zinssätzen gespart. In fünf Jahren sollte das Geld ausgezahlt werden, man hätte damit quasi einen „Notgroschen“ parat.

Der Vertrag mit der amerikanischen Verwalterfirma beläuft sich auf 50 Millionen US Dollar, die im Laufe von 12 Jahren an Tuvalu bezahlt werden sollen.

Ein Großteil der Firmen, die das Kürzel .tv kauft, kommt aus der Fernsehbranche. 60 % aller Käufer sind Amerikaner, dicht gefolgt von Koreanern.

Tuvalu ist mit seiner Landfläche von knapp 26 Quadratkilometern auf vier Inseln und fünf Atollen sowie einer Wasserfläche von 900.000 Quadratkilometern eine der kleineren unabhängigen (seit 1978) konstitutionellen Monarchien im Pazifik. 96 % der rund 10.500 Einwohner sind Polynesier, 2% sind Melanesier. Vor Einführung des Internets erzielte Tuvalu vor allem durch den Verkauf seiner ungewöhnlichen Briefmarken Gewinne. (Pacnews 05.07.01, Pacific Islands Encyclopedia)

Palau verbietet Einwanderung

Die Republik Palau hat mit sofortiger Wirkung die Einreise von Bürgern aus Sri Lanka (Ceylon) und Indien untersagt. Die Regierung erklärte diesen Schritt mit der Unzufriedenheit der Einheimischen über die zunehmende Präsenz der Asiaten in ihrem Land. Obwohl es bislang noch keine gewaltsamen Konflikte zwischen den römisch-katholischen Palauern und den muslimischen Sri Lankesen gab, erklärte die

Regierung die Religionszugehörigkeit zum Problem.

Auf Palau leben 19.200 Bürger, die Zahl der Inder/Sri Lankesen ist unbekannt. Seit 1994 sind die 340 Inseln (davon nur neun unbewohnte) als Republik in freier Assoziation zu den USA anerkannt. Das Inselarchipel besteht aus 16 Provinzen mit je eigener Provinzverwaltung. (Pacific Islands Encyclopedia, Pacnews 13.08.01)

WESTPAPUA UND OSTTIMOR

Ölvertrag mit Osttimor unterzeichnet

Australien und Osttimor haben ein Abkommen über den Abbau von Ölvorkommen im sogenannten Osttimor-Gap, einer vor der bewaffneten UNO-Intervention von Indonesien beanspruchten Region, unterzeichnet. Der Vertrag zur Aufteilung der Offshore-Ölvorkommen im Osttimor-Gap wurde von dem australischen Außenminister Alexander Downer, dem Minister für Bodenschätze Nick Michin, dem osttimoresischen Wirtschaftsminister Mari Alkatiri sowie dem amerikanischen UNO-Vertreter Peter Galbraith Anfang Juli unterzeichnet.

Aus der politischen Linken in Australien verlautete boshaft, damit habe sich der bewaffnete Einsatz australischer Streitkräfte für die Wahrung der Menschenrechte in Osttimor mehr als ausgezahlt. Die australische Regierung habe die UNO wahrscheinlich nur aufgrund der reichen Ölvorkommen zu einer bewaffneten Intervention in Osttimor gedrängt, hieß es zynisch. (junge Welt 11.07.01)

SALOMONEN

Honiaras Einwohner unzufrieden mit Kompensationen

Die Einwohner der Hauptstadt der Salomonen, Honiara, sind mit der Höhe der Ausgleichszahlungen ihrer Regierung unzufrieden. Die Regierung entschädigt zur Zeit die Menschen, deren Eigentum während des zwei Jahre andauernden Konfliktes zwischen der Malaita Eagle Force und den Isatabu Freedom Fighters zerstört worden war. Dazu wurden 23 Millionen US Dollar zur Verfügung gestellt, 5.200 Menschen haben ihre Ansprüche auf Entschädigungszahlungen geltend gemacht. Der Sekretär im Friedens- und Versöhnungsministerium, Lucian Ki'i, betonte, es sei ein Akt guten Willens, Kompensationen zu zahlen. Die Regierung sei dazu nicht verpflichtet und die Leute sollten sich lieber freuen, als sich über zu geringe Geldsummen zu beklagen. Die Regierung fürchte auch den Missbrauch, so hätten einige Leute Anträge gestellt, deren Eigentum nachweislich nicht durch den Konflikt zerstört worden war. (Pacnews 24.07., 26.07.01)

Kemakeza entlassen

Vizepremierminister Allan Kemakeza und sein Sekretär im Friedens- und Versöhnungsministerium, Lucian Ki'i, sind von Premierminister Manasseh Sogavare überraschend entlassen worden. Beiden wird vorgeworfen, die ihnen übertragene Aufgabe der Auszahlung von Kompensationenzahlungen an von dem Konflikt

geschädigte Familien nicht verantwortungsvoll ausgeführt zu haben. Beide hätten sich privat aus dem Fond für die kriegsgeschädigten Familien bedient und Geld für persönliche Zwecke zur Seite geschafft, erklärte Sogavare die plötzliche Entlassung. Kema-keza sei politisch und persönlich nicht weiter integer. Zum neuen Vizepremier wurde William Haomae, Minister für Polizei und Justiz, ernannt. (Pacnews 14.08.01)

VANUATU

Erste Frau im WHO-Vorstand

Als erste Frau aus dem Pazifik ist Myriam Abel in den Vorstand der Weltgesundheitsorganisation WHO gewählt worden. Die 49-jährige arbeitet zur Zeit als Direktorin für öffentliche Gesundheit in der Hauptstadt Port Vila. Als Vorstandsmitglied der WHO wird sie nun u.a. für die jährliche Budgetplanung verantwortlich sein. Abel sagte, in der pazifischen Region müssten zukünftig übertragbare Krankheiten wie Tuberkulose und Aids stärker in den Blickpunkt rücken. (Pacnews 30.07.01)

Autobahn renoviert

Die einzige Strasse auf der vanuatischen Hauptinsel Efate ist nach umfangreichen Bauarbeiten wieder für den Verkehr freigegeben. Der Highway war 1988 durch einen Hurrikan schwer beschädigt worden. Vanuatu hatte Japan um Finanzierungshilfen beim Wiederaufbau der 127 Kilometer

langen „Autobahn“ gebeten. Die japanische Regierung hatte daraufhin die Erneuerung mit knapp sechs Millionen US Dollar gesponsort. Zur Eröffnung der Strasse sprach Premierminister Edward Natapei von dem erhofften wirtschaftlichen Aufschwung und der Entwicklung der Region. Entlegene Gebiete könnten wieder angefahren werden, der Transport von Waren und Dienstleistungen entlang der Strasse sei für die 43.000 Bewohner Efates wieder gewährleistet. (Pacnews 27.07.01)

FIDSCHI

Übergangspräsident ausgezeichnet

Josefa Iloilo, Präsident der Übergangsregierung in Fidschi, ist mit dem höchsten Orden der Inselrepublik ausgezeichnet worden. Er erhielt die Auszeichnung „Chancellor of the Order of Fiji“ (CF) am 20. Juli des Jahres. Iloilo ist nach Ratu Sir Kamisese Mara, dem 81-jährigen Ex-Präsidenten Fidschis, erst der zweite Träger des Ordens. Der CF wurde 1987 eingeführt, als Fidschi nach den Militärcoups zur Republik wurde. (Pacnews 18.07., Fiji Daily Post 21.07.01)

Rote-Kreuz Direktor ermordet

Am 1. Juli wurden der Direktor des Roten Kreuzes von Fidschi, John Scott (53), und sein Lebensgefährte Gregory Scrivener (39) tot in ihrem Haus in Suva aufgefunden. Beide Leichen waren stark verstümmelt, der Mörder hatte die Körper mit

einer Machete in Stücke gehackt. Der tatverdächtige 23-jährige Fidschianer Apete Kaisau sitzt inzwischen in Untersuchungshaft.

Scott hatte im Putsch von Mai 2000 eine zentrale Rolle gespielt. Als einem der wenigen war ihm von Putschführer George Speight erlaubt worden, die Geiseln während ihrer 56-tägigen Haft im Parlamentsgebäude zu besuchen und medizinisch zu versorgen. Dabei agierte er auch als Überbringer von Botschaften, Kleidung und Lebensmitteln, die die Angehörigen der Geiseln ihm mitgaben. Als Mitglied der homosexuellen Szene von Fidschi hatte sich Scott, der seit 22 Jahren mit Scrivener liiert war, öffentlich wiederholt für die Wiedereinsetzung der Verfassung von 1997 eingesetzt, die homosexuellen Bürgern die gleichen Rechte einräumt wie den heterosexuellen. (Pacnews 02.07., Fiji Daily Post 03.07.01)

40 UN-Beobachter für Wahlen

Die Vereinten Nationen (UN) werden 40 Wahlbeobachter nach Fidschi entsenden. Das gab UN-Sprecher Fred Eckhard bekannt. Die internationalen Beobachter aus UN-Mitgliederstaaten und dem Un-Sekretariat werden die Wahl vom 25. August bis zum 1. September begleiten. Anschließend werden die Beobachter auch bei der Auszählung der Stimmen anwesend sein, sowie die Reaktionen der Bevölkerung auf die Wahlergebnisse analysieren.

Auch das Commonwealth wird ein Beobachterteam nach Fidschi entsenden. Das Team unter Leitung von Sir Henry Forde, dem ehemaligen Au-

ßenminister von Barbados, besteht aus TeilnehmerInnen aus Vanuatu, Papua-Neuguinea, Sri Lanka und Namibia. (*Radio Australia 27.07., Pacnews 07.08.01*)

Putschführer kandidiert

Putschführer Georg Speight wird in den Nationalwahlen von Fidschi vom 25. August bis zum 1. September für die Conservative Alliance Party kandidieren. Speight, der zur Zeit wegen des Putsches vom 19. Mai vergangenen Jahres vor Gericht steht, erhielt Hafturlaub, um sich in die Kandidatenliste zur Wahl eintragen zu lassen. Noch haben die Richter im Prozess gegen Speight und seine elf Gefährten kein Urteil gefällt. Die Höchststrafe in Fidschi ist jedoch die Todesstrafe. Immer wieder wird spekuliert, ob Speight davon bedroht ist.

Die Reaktionen auf Speights Kandidatur sind gemischt. Die Fiji Labour Party und die New Labour Unity Party sprachen sich strikt dagegen aus. (*Pacnews 27.07.01*)

KANAKY, FRZ. - POLYNESIEN, FRZ. ÜBERSEEGBIETE

Tahiti feiert Tag der Autonomie

An der großen Parade zum „Tag der Autonomie“ am 29. Juni in der Hauptstadt von Französisch-Polynesien, Papeete auf Tahiti, haben 15.000 Menschen teilgenommen. Der „Tag der Autonomie“ wird seit 1984 gefeiert, als Tahiti vom französischen Mutterland der

Autonomiestatus verliehen wurde. Das Verfassungssystem von Französisch-Polynesien entstand während der Fünften Französischen Republik und wurde, drängenden Autonomiebestrebungen folgend, 1977, 1984 und 1990 spezifiziert. Eine weitere Ausdehnung der Rechte unter dem sogenannten „internen Autonomiestatut“ wurde im Dezember 1995 von der französischen Nationalversammlung verabschiedet und trat im Februar 1996 in Kraft.

Heute ist Französisch-Polynesien ein T.O.M (territoire d'outre mer), also ein autonomes Territorium Frankreichs in Übersee. Vorsitzender der örtlichen Exekutive und Repräsentant des Gebietes ist der von einer 49 Mitglieder umfassenden Territorialversammlung gewählte Präsident, seit 1991 Gaston Flosse. Flosse arbeitet hin auf die Einführung des P.O.M.-Status für Französisch-Polynesien. Als „Pays d'outre mer“ (P.O.M.) hätte Tahiti einen souveränen Status und seine eigenen Bürgerrechte, damit wäre die größtmögliche Autonomie bei gleichzeitiger enger Bindung an Frankreich gewährleistet. Über den P.O.M.-Status muss wegen der damit einhergehenden Verfassungsänderung das Nationalparlament Frankreichs (Nationalversammlung plus Senat) entscheiden, das nur äußerst selten zusammentritt. (*Pacnews 02.07.01, Munzinger Archiv*)

Wallis und Futuna begehen Jubiläum

Die Inseln Wallis und Futuna haben Ende Juli ein 40-jähriges Jubiläum begangen. Am 29. Juli 1961 waren Wallis und Futuna nach einem Referendum zum französischen Überseegebiet (territoire d'outre

mer, T.O.M.) erklärt worden. Die zentrale Feier fand in Mata-Utu, der Hauptstadt von Wallis, statt. Rund 11.000 Menschen nahmen an einem Dankgottesdienst sowie an der anschließenden Kava-Zeremonie teil.

Zeitgleich fanden in der neukaledonischen Hauptstadt Nouméa Feiern statt. In Neukaledonien leben 20.000 Emigranten aus Wallis und Futuna. Die Bevölkerung auf den beiden Inseln beträgt dagegen nur knapp 14.500.

Wallis und Futuna liegen in der geographischen Mitte Ozeaniens zwischen Fidschi, Samoa und Tonga. Die Wallisianer stammen von Tonganern ab, die Menschen der Insel Futuna von Samoanern. Wallis und Futuna liegen 255 Kilometer auseinander. Auf den insgesamt drei Inseln (mit dem Atoll Alofi) werden drei Sprachen gesprochen, neben der offiziellen Regierungssprache Französisch auch die polynesischen Sprachen Wallisian und Futunian. (*Pacnews 31.07.01, Pacific Islands Encyclopedia*)

TONGA, SAMOA, NAURU, KIRIBATI

Tonga wird verkabelt

Tonga erhält ein 15 Millionen US Dollar teures Faseroptikkabel. Kronprinz Tupouto'a, Präsident der Shorline Communications Tonga Ltd., unterzeichnete den Vertrag zur Verlegung des Kabels mit einem Vertreter der Firma Datacraft aus Singapur. Für den Betrieb der Telekommunikation per Kabel hat Shorline Communications extra eine Tochtergesellschaft gegründet. Die Firma Tonfon

steht in direkter Konkurrenz zur regierungseigenen Tonga Communications Corporation, die bislang das Monopol über alle regionalen und internationalen Kommunikationsleistungen innehatte. Tonfon hat die Lizenz für ein Hochgeschwindigkeitsdatennetz erlangt, das Telefon, Internet und Fernsehen auf sich vereint. Man werde den Betrieb in Kürze aufnehmen, so ein Sprecher von Tonfon. In spätestens drei Jahren sollen alle tonganischen Inseln komplett verkabelt sein. (Pacnews 26.06.01)

China fischt in Kiribati

Vertreter der Republiken von China und Kiribati haben ein Abkommen unterzeichnet, das China den Fischfang in kiribatischen Gewässern ermöglicht. Die Vereinbarung sieht vor, dass vier Schiffe der chinesischen Dalian City Fishing Gesellschaft vor der Küste Kiribatis fischen dürfen. Ein Regierungsvertreter für die Abteilung „Natürliche Ressourcen“ in Kiribati wollte keine Aussage über den Preis für die Fischereilizenz der Chinesen machen. (Pacnews 14.08.01)

Samoa ratifiziert Abkommen über Gefahrenstoffe

Die Regierung von Samoa hat das sogenannte „Waigani-Abkommen“ ratifiziert.

Das Waigani-Abkommen soll den Import von Gefahrgütern und radioaktivem Abfall in pazifische Länder verbieten. Es sieht des Weiteren vor, den panpazifischen Transport radioaktiver Stoffe zu Lagerungsstätten, etwa in Japan, auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Weiterhin sollen so wenig Ge-

fahrenstoffe wie möglich produziert und gelagert werden. Unterzeichner des Abkommens sind bisher Australien, die Cook-Inseln, Mikronesien, Fidschi, Neuseeland, Papua-Neuguinea und die Salomonen. Zum offiziellen Inkrafttreten des Abkommens fehlen noch zwei Länder. Das Abkommen war am 16. September 1995 in Waigani (PNG) beschlossen worden. Sein voller Titel lautet: „Convention to ban the Importation into Forum Island Countries of hazardous and radioactive wastes and to control the transboundary movement and management for hazardous wastes within the South Pacific Region“. (Pacnews 29.05.01)

Kein Mindestlohn für Arbeiter

Zwei der größten privaten Arbeitgeber auf Amerikanisch-Samoa, die Star Kist Samoa und Samoa Packing, verweigern ihren Arbeitern die Erhöhung des Lohnes. Die rund 5.000 Arbeiter in den beiden Konservenfabriken erhalten zur Zeit 3,20 US Dollar (7,15 DM) pro Stunde. Damit liegen sie unter dem für die USA gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von 5,15 US Dollar (11,50 DM) stündlich. Beide Manager sagten, sie könnten den Lohn nicht erhöhen, da sie aufgrund der Lohnmehrkosten gezwungen wären, die Fabriken stillzulegen. Außerdem müssten mit Erhöhung des Lohnes etliche Arbeiter entlassen werden. Der niedrige Arbeitslohn sei ein großer Standortvorteil im internationalen Wettbewerb, erklärten die Manager der Konservenfabriken. Bei steigenden Löhnen sei man gezwungen, das Land zu verlassen und die Fabriken in einem Billiglohnland anzusiedeln. (Pacnews 08.06.01)

AUSTRALIEN

Ministergespräche zwischen Australien und USA

Anfang August haben in der australischen Hauptstadt Canberra auf Ministerebene Gespräche zwischen Australien und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) stattgefunden. An dem Treffen nahmen der amerikanische Staatssekretär Colin Powell und Verteidigungssekretär Donald Rumsfeld teil. Von australischer Seite waren Premierminister John Howard und Außenminister Alexander Downer zugegen. Die Vertreter beider Regierungen kamen darin überein, die Schaffung einer asiatisch-pazifischen Sicherheits- und Verteidigungsalianz zu prüfen. An diesem Bündnis sollen sich auch Japan und Südkorea beteiligen. Powell erklärte zu der Idee eines Bündnisses, dass die USA, Australien, Japan und Südkorea derart viele gemeinsame Interessen hätten, dass über ein gemeinsames weiteres Vorgehen im Bereich der Sicherheitspolitik nachgedacht werden müsse. Alexander Downer betonte zugleich, mit einem zwaigen Bündnis wolle man nicht eine mit der NATO vergleichbare Sicherheitsstruktur schaffen.

In Bezug auf die Beziehungen mit der indonesischen Militärführung sind sich beide Länder einig. Die Beziehungen zur indonesischen Militärspitze seien sinnvoll. Der amerikanische Verteidigungssekretär Rumsfeld sagte, die USA erwäge die Wiederaufnahme von Waffenverkäufen an Indone-

sien. In der Vergangenheit bestand die Zusammenarbeit zwischen Australien und Indonesien in den Lieferungen von militärischem Gerät und Ersatzteilen sowie der Ausbildung indonesischer Offiziere als Spezialeinheiten.

Während des Treffens erinnerten die Minister auch an das 50-jährige Bestehen des Verteidigungsabkommens zwischen Australien und den USA (ANZUS), in dem Neuseeland wegen seiner Politik eines nuklearfreien Pazifiks seit 1985 nur noch als „stiller Partner“ teilnimmt. (NZZ 03.08., FAZ 11.08.01)

Einfuhrgenehmigung für Taro und Buai ab 1.8. Pflicht

Zum 1. August 2001 haben sich die Einfuhrbestimmungen für die Knollenfrucht Taro und die als Buai bekannte Betelnuss geändert. Für beide Früchte braucht man nun eine Einfuhrerlaubnis, erklärte der australische Quarantäneausschuss (Australian Quarantine and Inspection Service, AQIS). Taro und Buai würden nun ebenso behandelt wie andere frische Lebensmittel, für die man schon seit Jahren eine Einfuhrgenehmigung der AQIS einholen musste. Wegen der hohen kulturellen Bedeutung beider Früchte für die Einwohner der pazifischen Inseln habe man bislang immer eine Ausnahme gemacht. Das sei nun aus Quarantänegründen nicht mehr möglich, die Gefahr der Einschleppung von Insekten und Krankheitserregern sei zu groß, so ein Sprecher der AQIS.

Taro und Buai sind beliebte Lebensmittel bei Feiern. Sie gelten als prestigeträchtige Geschenke und wurden deshalb von reisenden Inselbewohnern auf den australischen

Kontinent mitgebracht. Beide Lebensmittel könnten jedoch nun auch in Australien käuflich erworben werden, so sei eine Einfuhr nicht mehr nötig. Wer trotzdem seine eigenen Früchte mit ins Land bringen wolle, müsse eine Einfuhrgenehmigung im Wert von 60 AUS Dollar erwerben. Wer sich nicht an das Einfuhrverbot halte und Taro und Buai heimlich mitnehme, müsse mit empfindlichen Geldstrafen rechnen, warnte der Sprecher des Quarantäneamtes. (Pacnews 09.07.01)

NEUSEELAND

Tuvalu finden Asyl

Die Regierung von Neuseeland hat den Bewohnern der neun Inseln Tuvalu Asyl angeboten. Die niedrigen Atollinseln sind wegen des steigenden Meeresspiegels vom Untergang bedroht. Die Regierung von Tuvalu hat errechnet, dass ein Großteil der Atolle in den nächsten zehn Jahren so weit im Meer versinken wird, dass der Lebensunterhalt der Menschen nicht mehr gesichert werden kann. Sie hat sich deshalb mit der Bitte an die Regierungen von Australien und Neuseeland gewandt, zunächst Häuser und Land für 3.000 der 10.500 Einwohner zur Verfügung zu stellen. Australien hat das Ansinnen abgelehnt, Neuseeland hat jedoch zugesagt, die Inselbewohner aufzunehmen. Premierministerin Helen Clark sei sehr aufgeschlossen gegenüber den Problemen der Tuvalu, denen Bevölkerungsdruck, niedriger Lebensstandard und die Bedrohung durch den Klimawandel zu schaffen

machen, hieß es aus neuseeländischen Regierungskreisen. Australien kündigte an, man werde seine Immigrationspolitik nicht ändern, Klimawandel sei kein ausreichender Grund für die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung.

Die kleine Atollinsel Niue (19 km lang, 18 km breit) hat ebenfalls angeboten, Tuvalu aufzunehmen. 15 Familien aus Tuvalu leben bereits auf Niue, das jedoch aufgrund seiner geringen Höhe ebenfalls vom steigenden Wasserspiegel bedroht ist. Niue steht in freier Assoziation zu Neuseeland, seine Bürger sind gleichzeitig Staatsbürger Neuseelands. (NZ Herald 20.07.01, Pacific Islands Encyclopedia)

BRENNPUNKTE/ HINTERGRÜNDE

Neue Präsidentin für Indonesien

Der seit Oktober 1999 amtierende indonesische Staatspräsident Abdurrahman Wahid ist nach einem Misstrauensvotum abgesetzt worden. Mit Ausnahme von Wahids eigener Partei, der „Partei des nationalen Erwachens“ (PKB), hatten alle Fraktionen der Vollversammlung, auch die von Militär und Polizei, dem 60-jährigen halbblinden Präsidenten ihr Misstrauen ausgesprochen. Nach der Absetzung am 23. Juli 2001 wurde die bisherige Vizepräsidentin Megawati Sukarnoputri (Demokratische Partei Kampf) als fünfte – allerdings erste weibliche - Präsidentin des Vielvölkerstaates eingeschworen. Die 54-jährige Tochter des ersten indonesischen Präsidenten (1945-

1965) und Staatsgründers Sukarno genießt in der Bevölkerung Ansehen, ist jedoch schwierig einzuschätzen. Ihre wichtigsten Verbündeten sind die Militärs, die noch in der nationalistischen Tradition ihres Vaters stehen. Der Zusammenhalt des aus 13.000 Inseln bestehenden Landes und ein zentralistisches Indonesien - das sind die Hauptziele der dreifachen Mutter. Damit verfolgt sie eine ganz andere politische Richtung als der abgesetzte Wahid, der den einzelnen indonesischen Provinzen mehr Geld und Macht zugestehen wollte, um die Autonomiebestrebungen von Westpapua und Aceh zu entschärfen. Gus Dur, wie er von seinen Anhängern genannt wurde, schaffte es jedoch nicht, dem Land wirtschaftliche und politische Stabilität zu bringen.

Zum neuen Vizepräsidenten wurde der 61-jährige Hamzah Haz von der United Development Party gewählt. Haz war bereits unter Wahid Minister im Kabinett. Zum neuen Außenminister wurde Hasan Wirayudha ernannt. (SZ, FR 24.07.01, Jakarta Post 26.07.01, Asiaweek 10.08.01)

Blutvergießen in Aceh dauert an

In der Region Aceh an der Nordspitze der indonesischen Insel Sumatra kämpfen muslimische Separatisten für ihre Unabhängigkeit von Indonesien. Bei den blutigen Auseinandersetzungen zwischen den rund 3.000 bewaffneten Kämpfern der Bewegung Freies Aceh (GAM) und indonesischen Militärs sind in den letzten Monaten 900 Menschen umgekommen. Fast täglich werden in den unzugänglichen Bergregionen der Provinz neue Massengräber entdeckt, zuletzt

Anfang Juli von Rote-Kreuz Mitarbeitern ein Grab mit 27 Leichen. Besonders betroffen von den Kämpfen sind die vier Millionen Zivilisten in der Region. Bei dem kleinsten Verdacht der Sympathisierung mit den GAM-Anhängern üben indonesische Soldaten Rache und Vergeltung. 50.000 Menschen befinden sich zur Zeit auf der Flucht. 23.000 indonesische Soldaten (TNI-Streitkräfte) und rekrutierte Milizen sind an der „Säuberungskampagne“ der GAM-Anhänger beteiligt.

Aceh gehört wegen seiner Erdgasvorkommen zu den reichsten Provinzen in Indonesien. Mit der Erdgasförderung des Ölkonzerns Exxon Mobil verdient die Zentralmacht in Jakarta über eine Milliarde US Dollar im Jahr. Von der Ausbeutung der Bodenschätze profitieren jedoch nur ausländische Investoren und die indonesische Zentralregierung, die einheimische Bevölkerung geht leer aus - ebenfalls ein Grund für die Unabhängigkeitsbestrebungen. (SZ 07.07., FAZ 11.08.01)

SPORT IM PAZIFIK

Pazifische Athleten feiern Erfolge

Die pazifischen Athleten haben bei der Leichtathletikmeisterschaft „Conference -USA Meet“ in Tampa/Florida zur Qualifizierung für die Weltmeisterschaft vom 3. bis zum 12. August 2001 im kanadischen Edmonton gut abgeschnitten.

Die Amerikanisch-Samoanerin Lisa Misapeka stellte ihren persönlichen Rekord im Hammerwerfen mit 67 Meter Wurfweite auf, damit hat sie sich

erfolgreich qualifiziert. Misapeka hat angekündigt, sie wolle sich den ozeanischen Rekordtitel zurückerobern, den sie in diesem Jahr an die Australierin Bronwyn Eagles (68,94 m) verloren hatte. Lisa hatte bereits vor zwei Jahren in Sevilla mit einer Weite von 66,06 m die Silbermedaille gewonnen.

Der aus Papua-Neuguinea stammende Clement Abia brach den nationalen Rekord über die 800 m Sprintstrecke in einer Zeit von 1:48.93 min. (Pacnews 25.06.01)

140 kg- Sportler auf Sprintstrecke

Trevor Misapeka aus Amerikanisch-Samoa, Bruder der erfolgreichen Hammerwerferin Lisa, durfte bei den Leichtathletikweltmeisterschaften im kanadischen Edmonton nicht in der Disziplin „Kugelstossen“ antreten. Kurzerhand entschloss sich der 140 kg schwere Samoaner, die 100 m Sprint der Männer zu bestreiten. Mit 14,28 Sekunden (Weltrekord 1999 durch Maurice Green: 9,79 Sek.) stellte der Schwergewichtler seinen persönlichen Rekord auf und erhielt dafür von den internationalen Medien den Spitznamen „Schildkröte“. Der in Turnschuhen (für Spikes fehlte das Geld) laufende 22-jährige Sportler war mit seiner Leistung mehr als zufrieden, handelte es sich doch um den ersten 100-m-Lauf unter Wettbewerbsbedingungen. „Als ich nach dem Start nicht aufs Gesicht gefallen bin, wusste ich, das ich durchkomme“, erklärte Misapeka nach seinem Sprinter-Debüt. Dabei sein ist eben alles - nicht nur bei den Olympischen Spielen! (Nürnberger Nachrichten 06.08.01)

Ergebnisse der Ozeanischen Basketballmeisterschaft

Die Männermannschaft aus Neukaledonien hat die fünfte ozeanische Basketballmeisterschaft in Suva auf Fidschi gewonnen. Im Finale besiegten die Neukaledonier knapp das heimische Team aus Fidschi mit 81 zu 80 Punkten. Die Bronzemedaille gewann Australien.

Bei den Frauen siegten die Australier mit 90 zu 60 Punkten gegen Tahiti. Die Bronzemedaille gewann die Damenmannschaft aus Fidschi. (*Pacnews 06.07.01*)

Nike sponsort die Kumuls

Der amerikanische Sportartikelhersteller Nike ist neuer offizieller Sponsor der Rugbymannschaft von Papua-Neuguinea (PNG). Die Kumuls (dt. Paradiesvögel) werden bei ihren diesjährigen Spielen in der ersten Rugbyliga erstmals im Trikot mit dem einprägsamen Slogan „Just do it!“ (Tu es einfach!) auftreten. Trikot, Hose, Socken und Schuhe werden das Markenzeichen der Firma Nike tragen. Nike werde auch das Merchandising der Kumuls in PNG übernehmen, sagte ein Sprecher. Dazu gehörten vor allem Fanartikel wie Trikots, Schals, Tassen etc. Durch das Sponsoring der amerikanischen Firma könne eine beträchtliche Summe Geldes gespart werden, freute sich der Manager der Kumuls. (*The Independent 24.05.01*)

Yap erfolgreich bei Mikronesischen Spielen

Yap hat die Spiele 2001 der Föderierten Staaten von Mikro-

nesien (FSM Games) erfolgreich mit 94 Medaillen, darunter 38 Goldmedaillen, beendet. Zweiter wurde Pohnpei mit 84 Medaillen (35 goldene).

Die seit 1969 stattfindenden FSM Games zeichnen sich durch ungewöhnliche Sportarten aus. In fünf Disziplinen müssen die Sportler ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen.

- 1) Beim Schwimmen müssen 100 m auf offener See bewältigt werden.
- 2) Beim Tauchen müssen fünf Objekte vom Meeresgrund geholt werden.
- 3) Beim Speerwerfen heißt es, im Meer schwimmende Kokosnüsse mit einem Speer vom Ufer aus zu treffen.
- 4) Beim Klettern heißt es, auf fünf Koskospalmen zu steigen, um dort eine Glocke zu läuten.
- 5) In der letzten Disziplin müssen die Frauen und Männer Kokosnüsse ernten. Männer müssen diese dann teilen, Frauen aus beiden Hälften das Fleisch schaben. Hier kommt es auf Schnelligkeit an.

Die FSM Games sind eine der wenigen sportlichen Wettkämpfe weltweit, die Alltagsaktivitäten der Menschen zur Wettkampfdisziplin erhoben haben. Sie erfreuen sich beim Publikum großer Beliebtheit. (*Pacnews 06.08.01*)

Fidschianer trainiert für Winterolympiade

Der fidschianische Abfahrtskifahrer Laurence Thomas hat das Training für die Olympischen Winterspiele vom 8. bis 24. Februar 2002 in Salt Lake City aufgenommen. Der in Suva geborene Thomas hatte als

Skilehrer auf der Südinsel von Neuseeland gearbeitet. Dort war er 1999 von der damals neu gegründeten „Fiji Alpine Ski Association“ entdeckt worden. Zur Zeit nimmt der Slalomfahrer an einem dreimonatigen Trainingscamp in Neuseeland teil, bevor er für weitere zwei Monate in ein Schweizer Trainingslager wechselt. Thomas ist bereits der zweite fidschianische Olympiateilnehmer nach Rusiate Rogoyawas cross-country Abfahrtskiläufer 1988 in Calgary und 1994 in Lillehammer. (*Pacnews 14.08.01*)

BUNT GEMISCHT

Kein nackter Busen im Parlament

Port Moresby. Barbusige Frauen und Männer in traditionellen Penisköchern sollen keinen Zutritt zum Parlament von Papua-Neuguinea erhalten. Diese Kleiderordnung soll nach Ansicht von Parlamentssprecher Bernard Narokobi bald in die offizielle Protokollordnung der Parlamentarier aufgenommen werden. Der Bitte vorausgegangen war der Auftritt des Parlamentsabgeordneten Alfred Kaiabe, der in der ersten Sitzung nach der siebenmonatigen Kabinettspause im traditionellen Outfit inklusive Schmuck und Bemalung das Gebäude betrat. Narokobi erklärte Journalisten, er habe im ersten Moment an einen Überfall der „wilden Huli-Krieger“ (Zitat!) gedacht, dann überlegt, ob zur Feier der ersten Sitzung eine bestimmte Eröffnungszeremonie geplant worden sei.

Das traditionelle Outfit des Parlamentariers hatte für Diskussionen gesorgt. Narokobi will nun eine seriöse Kleiderordnung verabschieden, die allerdings Raum lassen soll für Teilelemente von traditioneller Kleidung. Dazu gehöre, dass Frauen zwar im Grassrock, nicht aber „oben ohne“ das Parlament betreten dürften. Ebenfalls seien nackte Parlamentarier, die nur mit einem Penisbüchsen bekleidet das Gebäude betreten, nicht angemessen, schlug der Parlamentssprecher den Mitgliedern die neue Kleiderordnung vor. Zur ersten Sitzung des Parlaments waren nur 39 von 109 Parlamentariern erschienen. Die Sitzung wurde bereits nach 15 Minuten auf den nächsten Tag verschoben. Im Dezember waren die Parlamentssitzungen auf den Juli dieses Jahres verlagert worden, so konnte Premierminister Sir Mekere Morauta einem Misstrauensvotum entgehen. Die Verfassung von PNG schreibt vor, dass 12 Monate vor den nächsten Wahlen (Juni 2002) kein Misstrauensvotum angestrengt werden kann. (PIR 23.07., 27.07.01)

Sexskandal um Politiker?

Suva. Ein prominenter Lokalpolitiker, zahlreiche Rechtsanwälte und einige Journalisten sollen in einen der größten Skandale der Republik Fidschi verwickelt sein. Die genannten Personen sind angeblich Akteure in Pornovideos, die im Hause des getöteten Rote-Kreuz-Direktors John Scott im Zuge der polizeilichen Ermittlungen beschlagnahmt wurden. John Scott und sein Lebenspartner Gregory Scrivener waren am 1. Juli tot in ihrem Haus bei Suva aufgefunden worden. Der Fidschianer Apete Kaisau wurde inzwischen des Mordes an dem homosexuellen Paar

angeklagt, er erwartet seine Gerichtsverhandlung. Ein Sprecher der Polizei wollte zu den privaten Videos pornographischen Inhaltes keine Stellung beziehen. Es handele sich um das Intimleben der beiden Ermordeten, man wolle aus Rücksicht gegenüber den Angehörigen die Sache nicht dramatisieren, hieß es aus den Kreisen der Ermittler in der Tageszeitung „Fiji Daily Post“. In der Zeitung „The Sun“ war einen Tag später zu lesen, es handele sich um ein Missverständnis. Die in der Wohnung der beiden Ermordeten gefundenen Videobänder und Photographien zeigten keine pornographischen Szenen, es handele sich um Urlaubsvideos. Damit widersprach der offizielle Polizeisprecher den Aussagen des Ermittlungsleiters der Mordkommission, der von pornographischen Szenen auf den Bändern gesprochen hatte. (Fiji Daily Post 24.07., The Sun 25.07., Fiji Times 27.07.01)

Vögel lieben Handys

Australien. Einige australische Vogelarten haben ein neues Hobby entdeckt: Sie imitieren elektronische Klingeltöne von Mobiltelefonen, deren Klingeln auf dem australischen Kontinent noch weit häufiger zu hören ist als bei uns. Besonders häufig verwendete Tonarten können dabei von den gelehrigen Vögeln täuschend echt nachgeahmt werden. Der Leierschwanz etwa benutzt eine bestimmte Tonfolge, um sein Revier abzustecken und ein begehrtes Weibchen zur Paarung zu gewinnen, erklärte Ornithologe Greg Czechura. Auch der Laubenvogel, der sich am Stadtrand oder an vielbesuchten Touristenorten aufhält, kann verschiedene Handymelodien nachahmen. Vor allem die Männchen hätten immer den neuesten Sound auf

Lager, erklärte Czechura, der am Museum von Queensland arbeitet. (Heilbronner Stimme online Juni 2001)

Tonga bei Weltmeisterschaft der Marschmusik

Potsdam. Die Tonga Brass Band hat an der Fünften Weltmeisterschaft der Marching Show Bands vom 24. bis zum 29. Juli in Potsdam teilgenommen. Die 40 Mitglieder der Militärblaskapelle, darunter vier weibliche Polizisten, wurden von Chefinspektor Atunaisa Taumoepeau dirigiert. Das tonganische Polizeiorchester startete allerdings als Berufsorchester außer Konkurrenz. Aufgrund der Hitzeperiode in Potsdam spielte die Band aus dem Südseekönigreich in traditionellen Röcken (laplap), die neben langen Hosen zur konventionellen Polizeiuniform gehören. Mit ihrer Darbietung von traditionellen tonganischen Rhythmen gewann das Orchester den Publikumspreis. Bandleader Taumoepeau nahm dafür die Uniformmütze eines Langen Kerls als Gastgeschenk in Empfang. Die Langen Kerls, der Potsdamer Fanfarenzug, wurde Dritter in der Gesamtwertung. Den Weltmeistertitel erspielte sich die Nishihara High School Marching Band aus Japan, Vizeweltmeister wurde die St. Francis Xavier Covent Band aus Thailand.

Die Internationalen Weltmeisterschaften der Marching Show Bands finden alljährlich statt. Im letzten Jahr gewann die tonganische Band im kanadischen Stempel den ersten Preis in der Gruppe der professionellen Bands. Ausrichter der diesjährigen Meisterschaft war die Stadt Potsdam, in die 29 Marching Show Bands aus der ganzen Welt gereist waren.

Finanzielle Unterstützung des Marschmusikfestivals kam u.a. vom Präsidenten des Potsdamer Parlamentes. Einer der Hauptsponsoren war der amerikanische Fastfood-Konzern Mc Donald's. Die brandenburgische Stadt Potsdam bei Berlin ist zur Zeit Veranstaltungsort der Bundesgartenschau. (*Pac-news 26.07.01, Potsdam Touristinformation, Potsdamer Neueste Nachrichten 30.07.01*)

Pazifische Sportler erreichen Kultstatus

Edmonton. Am Rande der 8. Leichtathletikweltmeisterschaften vom 3. bis zum 12. August in Kanada sorgten Sportler aus dem Pazifik für Schlagzeilen in der internationalen Presse. Neben dem neuen „Shootingstar“ der Sprintszene, dem 140 kg schweren Samoaner Trevor Misapeka, erreichten auch Athleten aus Kiribati und den Norfolk-Inseln Kultstatus. Die 20-Kilometer-Geherin Angela Kehoh von den Norfolk-Inseln erreichte 45 Minuten nach der Weltmeisterin das Ziel. Bereits auf der Zielgeraden aufgestellte Hürden für den folgenden Hürdenlauf mussten extra wieder abgebaut werden, um der 39-jährigen Geherin den Zieleinlauf zu ermöglichen. Die Norfolk-Inseln zwischen Australien und Neuseeland bieten mit 34,5 Quadratkilometern Fläche auf drei Inseln wenig Platz für ein ausgedehntes Training im 20-km-Gehen!

Für Jubel auf den Zuschauerhängen sorgte auch Benson Korimara aus Kiribati. Der in Sepp-Maier-Gedächtnishose angetretene Mann wurde um ein Haar im 1500-m-Vorlauf von Weltrekordler Hicham el Guerrouj überrundet. Korimara kam 60 Sekunden nach dem Weltmeister ins Ziel und wurde dort wesentlich ausgiebiger gefeiert als der marrokanische Sieger. (*SZ 13.08.01*)

PCRC verabschiedet stellvertretende Direktorin

Fidschi. Losena Tubanavau-Salabula, die stellvertretende Direktorin des Pacific Concerns Resource Centre (PCRC) in Suva auf Fidschi, beginnt zum 1. August eine neue Laufbahn als Politikerin. Salabula will sich als Kandidatin für die Regierungswahlen in Fidschi aufstellen lassen.

1994 begann die für den Bereich „Demilitarisierung des Pazifiks“ zuständige Salabula im PCRC, dem Sekretariat der Bewegung für einen nuklearfreien und unabhängigen Pazifik (NFIP). Sie leitete zahlreiche Aktionen gegen die militärische Aufrüstung sowie gegen den Transport radioaktiver Abfälle durch den Pazifik und für die Unterzeichnung des Waigani-Abkommens.

Die Stellvertreterin von Direktorin Hilda Lini war u.a. Mitherausgeberin des Buches „Kiri-

simasi“ über die gesundheitlichen Spätfolgen von britischen Nukleartests bei den Einheimischen. (*PCRC 18.07.01*)

Scheidung per sms ungültig

Malaysia. Muslimische Männer können sich nicht mit Hilfe einer dreimaligen Kurznachricht (sms) auf dem Handy von ihrer Ehefrau scheiden lassen. Das entschieden nun islamische Geistliche. In den letzten Monaten waren auf höchster religiöser Ebene kontroverse Diskussionen darüber geführt worden, ob die rituelle talaq-Erklärung - ein dreimaliges „Ich trenne mich von Dir“ - auch als dreifach gesendete Kurznachricht rechtskräftig sei. Traditionell können sich muslimische Männer mit der Aussprache der talaq-Formel vor einem religiösen Gericht von ihrer Ehefrau scheiden lassen. (*Asiaweek 03.08.01*)

Zu guter Letzt

The wind of change
(Tobias Goimba)

[...] If evil take thy life, tell mother, tears be not for me, but for thy country. Because thy die for thy country hence thy meaning of nationalism be understood. Thy blood. Thy rights. Thy freedom. So shall it be, the wind of change. (*Gedicht zum Tod der sechs Studenten in Port Moresby am 25. Juni*)